

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
Fraktion DIE LINKE

Donnerstag, 15. Juni 2023

MdL Steffi Pulz-Debler

## TOP 30

a) Beratung des Antrages der Fraktion der AfD  
**Leistungsmissbrauch verhindern, Einwanderungsanreize reduzieren:  
Sachleistungen für Asylbewerber und Ausreisepflichtige**  
[- Drucksache 8/2169 -](#)

b) Beratung des Antrages der Fraktion der FDP  
**Mecklenburg-Vorpommern als Land der Chancen –  
Verantwortungsvolle Migrations- und Integrationspolitik**  
[- Drucksache 8/2235 -](#)

c) Beratung des Antrages der Fraktion der FDP  
**Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten –  
Mecklenburg-Vorpommern muss im Bundesrat zustimmen**  
[- Drucksache 8/2236 -](#)

**Sehr geehrte Frau Präsidentin  
liebe Kolleg\*innen Abgeordnete,**

ich schäme mich in den letzten Tagen und Wochen über mein Privileg weiß, deutsch und westeuropäisch zu sein.

Ein Privileg, welches ich nur durch den Zufall, hier geboren zu sein, erworben habe, ohne etwas dafür zu tun!

Ein Privileg, welches mir Freiheit und ein Leben in Sicherheit für mich und meine Liebsten gewährt.

Ein Privileg, aus dem heraus politische Entscheidungen getroffen werden, die zusehends Menschen-, Grund- und Freiheitsrechte vergessen lassen.

Die Debatten und Lösungsansätze vieler politischer Akteur\*innen in den letzten Wochen schockieren mich:

Abschottung, Abschiebungen und das Zeichnen eines Bildes, welches Deutschland, welches die EU als möglichst unattraktiv für Menschen auf der Suche nach Schutz darstellen sollen, bestimmen die Diskussion und die Handlungsempfehlungen.

**Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
liebe Kolleg\*innen,**

auch die uns heute vorliegenden Anträge sprechen die Sprache von Abschreckung!

Die Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten ist eine immer wiederkehrende Diskussion und ein Versuch, der ausschließlich dem Ziel folgt, Fluchtbewegungen zu verringern, indem Menschen suggeriert werden soll, dass sie hier keine Chance auf Asyl haben.

Das hebt nicht nur das Asylrecht weiter aus,  
(da das Asylrecht ein individuelles Recht ist und im Einzelfall geprüft werden sollte,)

die Einstufung ist aber vor allem eine politische Entscheidung, die kaum an einer menschenrechtlichen Einschätzung orientiert ist.

Georgien und Moldau, die unmittelbar vom russischen Angriffskrieg betroffen sind, jetzt als sichere Herkunftsländer einstufen zu wollen, ist unserer Auffassung nach unverantwortlich!

Unabhängig davon, dass die Debatte der Einstufung als sicheres Herkunftsland im Falle von Georgien und Moldau eine Scheindebatte ist, da zum Beispiel Georgien mit Stand Mai 2023 mit 4310 Asylsuchenden im Vergleich zu den drei

Hauptländern, Syrien, Afghanistan und Türkei in wirklich keinem Verhältnis steht, hier ein paar Fakten zu diesen beiden Staaten.

Auf der Seite des Auswärtigen Amtes heißt es zur Republik Moldau:

„Die Sicherheitslage bleibt aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die benachbarte Ukraine in einigen Regionen volatil.“ (unbeständig)

Und auf der Seite des Bundesministeriums Europäische und internationale Angelegenheiten Österreich wird für die Republik Moldau von einem hohen Sicherheitsrisiko mit Sicherheitsstufe 4 im gesamten Land gewarnt!

In Georgien ist seit Monaten eine Politik der Regierung und eine Entwicklung zu verzeichnen, die Demokratieabbau und politische Verfolgung zur Folge hätte. So bezeichnet der Vorsitzende der Regierungspartei "Georgischer Traum" zum Beispiel Mitglieder der größten Oppositionspartei als "Spione" und NGOs als "extremistische Organisationen".

Zur Einschätzung der Situation in Tunesien möchte ich auf die gemeinsame Erklärung von zivilen Seenotrettungsorganisationen und Solidaritätsnetzwerken aufmerksam machen, die nachdrücklich betonen, dass Tunesien weder ein sicheres Herkunftsland, noch ein sicherer Drittstaat ist.

In den letzten Monaten, so heißt es in der Erklärung, haben sich in Tunesien das harte Vorgehen gegen vermeintliche politische Gegner\*innen, gegen die Zivilgesellschaft und gegen Minderheiten sowie der Anti-Schwarze Rassismus verschärft.

Mehrere tunesische und internationale Menschenrechtsorganisationen haben ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht gegen die „Aushöhlung der Justiz, die Verhaftung von Kritiker\*innen und politischen Gegner\*innen, die Militärprozesse gegen Zivilist\*innen, die anhaltende Unterdrückung der Meinungsfreiheit und die Bedrohung der Zivilgesellschaft“.

Das hört sich für uns alles eher gefährlich und nicht sicher an, liebe Kolleg\*innen der FDP-Fraktion!

Deshalb lehnen wir diesen Antrag ebenso ab wie den zweiten Antrag der FDP, mit dem Sie die Landesregierung zu einem Bericht an den Landtag, zur zweckentsprechenden Mittelverwendung sowie zum regelmäßigen Austausch mit den Kommunen auffordern wollen.

Wir gehen davon aus, dass sowohl die Landesregierung als auch die Kommunen im Land die finanziellen Mittel für die Flüchtlingsaufnahme ordnungsgemäß auch für diesen Zweck verwenden. Was denn auch sonst?

Ihres Aufforderungsantrags, liebe Kolleginnen und Kollegen, bedarf es in mehrfacher Hinsicht nicht. Hier im Land ist die Regierung sowohl über die Staatskanzlei als auch über unsere sehr engagierte Integrationsbeauftragte im ständigen Kontakt mit den Kommunen, den Migrantinnen-Organisationen sowie den Unternehmer- und Sozialverbänden.

Und nun zur AfD.

Ganz in ihrem Lieblingsthema angekommen und offen diskriminierend, demütigend und menschenverachtend ist die ebenfalls immer wieder kehrende Diskussion der Sachleistungen für Asylsuchende, die die AfD-Fraktion hier heute einbringt.

Auch hier sollen Menschen drangsaliert werden, in der Hoffnung, dass sie erst gar nicht nach Deutschland kommen.

Hier kann und möchte ich mich ganz kurzhalten, denn am Taschengeld zu sparen heißt für uns im Umkehrschluss auch an der Menschenwürde zu sparen!

Abschließend möchte ich festhalten:

Ja, wir befinden uns in herausfordernden Zeiten!

Ja, die Asylpolitik muss neu ausgerichtet werden!

Bei dieser Neuausrichtung müssen aber die Menschenrechte der Schutzsuchenden im Mittelpunkt stehen und nicht nationalistische oder rechte Träume von Abschreckung und Abschottung oder Maßnahmen, die dem Vorschub leisten !

**LEAVE NO ONE BEHIND**